



**FRAUEN.**  
**UNION<sup>CSU</sup>**

## Anträge der Frauen-Union an den Parteitag der CSU am 12. / 13. Oktober 2001

- Kommunalpolitischer Leitantrag
- Bedarfsgerechter Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen
- Kontinuierliche Weiterführung der IT-Ausstattung an den Schulen
- Ablehnung der Einführung der Präimplantationsdiagnostik (PID)
- Aktive Sterbehilfe
- Biotechnologie
- Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz

**A  
N  
T  
R  
Ä  
G  
E**

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b> Kommunalpolitischer Leitantrag	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

In einer sich immer rascher verändernden Welt gilt mehr denn je: „global denken, lokal handeln“. Es gilt, für die Menschen ein soziales, überschaubares Umfeld zu schaffen und die Heimat erlebbarer zu gestalten.

Diese Aufgabe kommt insbesondere der Kommunalpolitik zu. Sie wirkt am sicht- und unmittelbarsten auf das Leben und den Alltag der Menschen und wird so für sie erfahrbar. Kommunalpolitik muss Politik für die Bürgerinnen und Bürger sein, mit und von ihnen gestaltet.

Die Frauen-Union in der CSU setzt sich dafür ein, dass die geistigen, ideellen, materiellen sowie finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Leben in jeder Lebensphase – vom Beginn bis zum Tod – menschenwürdig gelingen kann.

#### Familie:

Der Familienpolitik kommt in der Kommune ein besonderer Stellenwert zu. Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft, sie ist der Ort, wo Menschen das Mit- und Füreinander lernen können. Kommunale Familienpolitik ist immer eine Querschnittsaufgabe.

Alle wesentlichen Entscheidungen und Initiativen einer Gemeinde müssen deshalb auf ihre Familientauglichkeiten überprüft und an ihr ausgerichtet werden. Dazu sollten sich in allen Kommunen „Bündnisse für Familien“ bilden.

Es ist Aufgabe der Kommunen

- für ausreichende Kinderbetreuungsangebote für Kleinkinder und Kindergarten- und Schulkinder zu sorgen.
- sowie ein Umfeld zu schaffen, wo Kinder und Jugendliche ihre Freizeit sicher und kreativ verbringen können (Spiel- und Bolzplätze etc.)

Die Vereinbarkeit von Arbeit – Beruf – Familie durch örtliche Familien- und Selbsthilfenetze ist zu fördern. Die Kommunen sollten in ihren eigenen Einrichtungen neue flexible Arbeitsplatz- und Arbeitsplatzmodelle ermöglichen, besonders für Frauen in und nach der Familienphase.

Jede Gemeinde sollte sich selbst verpflichten

- kostengünstiges und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen (Bauland für Familien; Sozialwohnungen),
- alten- und behindertenfreundliche Einrichtung zu schaffen,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Angebote für Senioren zu machen, damit auch der alte Mensch noch aktiv am Leben der Gemeinde teilnehmen kann.

Frauen, die sich in einer Not- oder Konfliktlage befinden, muss beratend und materiell, z.B. durch Vermittlung der Gleichstellungsstellen, geholfen werden.

Es ist flächendeckend sicherzustellen, dass Kranke und verunglückte Menschen schnell und gut versorgt werden können.

Auch das Sterben muss Teil des Lebens in der Kommune sein; deshalb kommt dem Ausbau der ambulanten und stationären Hospizarbeit eine besondere Bedeutung zu.

#### Umwelt:

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, dass sie in einer gesunden Umwelt leben können. Dazu gehören die Förderung nachwachsender Rohstoffe sowie das Angebot gesunder Nahrungsmittel, besonders aus regionalem Anbau.

Alle kommunalen Entscheidungen sind an den Vorgaben der Agenda 21 zu messen.

#### Sicherheit:

Die Menschen sollen sich in ihrer Kommune nicht nur wohl, sondern auch sicher fühlen und das an jedem Ort und zu jeder Zeit. Es gilt die Zivilcourage zu fördern, so dass es selbstverständlich ist, nicht mehr weg, sondern hinzuschauen und zu handeln.

Alle Verkehrsteilnehmer, zu Fuß oder mobil, müssen gleichberechtigt nebeneinander leben. Dabei gilt es, ihren unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden – unter besonderer Berücksichtigung der Umwelt.

Der Ausbau von Rad- und Fußwegen, verkehrsberuhigten Maßnahmen und des ÖPNV-Netzes müssen vorangetrieben werden und sichere Schulwege gewährleistet sein.

#### Bildung:

Bildungsarbeit in der Kommune geschieht im Kindergarten und in der Schule, in Vereinen und Erwachsenenbildungseinrichtungen.

Dort werden neben kognitiven Fähigkeiten Werte und soziale Kompetenzen vermittelt.

Die Schulen müssen modernen Standards entsprechen und den Kindern den Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken ermöglichen.

Ganztagsschulen sind schrittweise als Bedarfsangebot einzuführen.

#### Kultur:

Kultur und Brauchtum sind für das Leben in einer Kommune von besonderer Bedeutung.

Die Förderung und der Ausbau von Musikschulen, Büchereien, Volkshochschulen sowie der verschiedensten Kultur-, Musik- und Heimatvereinen lassen die Bürgerinnen und Bürger ihre Gemeinde lebens- und liebenswert erfahren.

Besondere Bedeutung hat ein vertrauensvolles Miteinander von Kirchen- und Kommunalgemeinden, damit Menschen verschiedenster Religionszugehörigkeit diese ungehindert ausüben können.

Ehrenamt:

Eine Kommune lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Dies ehrenamtliche Tun verdient Anerkennung und Förderung. Es müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv das Gemeindeleben mitgestalten und in ihm Verantwortung übernehmen können.

Besondere Bedeutung hat dabei das kommunalpolitische Mandat. Der Gemeinderat sollte Spiegelbild der Menschen einer Gemeinde sein; d.h. Frauen und Männer, Alte und Junge und Vertreter der verschiedensten Berufsgruppen sollten in ihm paritätisch vertreten sein.

Hergestellt im Auftrag der Christlich-Sozialen Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b>  Bedarfsgerechter Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen	<b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

Um Familie und Erwerbsarbeit besser miteinander vereinbaren zu können, fordert die Frauen-Union ein flächendeckendes, flexibles, qualitativ hochwertiges und bezahlbares Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Alterstufen. Die Bayerische Staatsregierung wird gebeten, die Kommunen bei der Finanzierung von qualifizierten Angeboten für Kinder besonders zu unterstützen.

Die Frauen-Union setzt sich ein für:

- Bedarfsgerechten Ausbau von Angeboten für Kinder unter drei Jahren in Krippen, Krabbelstuben usw.
- Altersübergreifende Angebote wie Kinderhäuser, Netz für Kinder, Mütterzentren usw.
- Ausweitung und Qualifikation von Betreuungsangeboten durch Tagesmütter, soziale Absicherung von Tagespflegepersonen und Einrichtungen von Tagesmütterbörsen
- Bedarfsgerechte Anpassung, Flexibilisierung und Verlängerung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen
- Familiengerechte Ferienregelungen der Betreuungseinrichtungen
- Verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter sowie bedarfsgerechter quantitativer und qualitativer Ausbau von schulgebundenen Hortplätzen und Mittagstischen und Nachmittagsangeboten an allen Schulen.

Die Frauen-Union setzt dabei auf die Vielfalt von Trägern und Formen der Angebote. Bei der Schaffung und dem Betrieb von Einrichtungen gilt das Subsidiaritätsprinzip, d.h. freie Träger und Elterninitiativen haben Vorrang.

Bei der Finanzierung müssen alle Träger gleich behandelt werden. Hierzu ist eine verstärkte Unterstützung aus Landesmitteln notwendig. Im Vordergrund muss dabei ein qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungseinrichtungen stehen. Die Vermittlung von altersgerechten und zeitgemäßen Erziehungs- und Bildungsinhalten steht im Mittelpunkt.

Der Elternarbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen muss dabei ein besonders Augenmerk geschenkt werden. Ein Dialog zwischen Eltern und Erziehern ist Voraussetzung für eine familienergänzende und - unterstützende Erziehung

Genehmigung des ACSP

**Begründung:**

Kinder brauchen Kinder. Deshalb kommt den unterschiedlichen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht nur unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit besondere Bedeutung zu. Sie sind insbesondere auch unter dem

Gesichtspunkt des sozialen Lernens, der elementaren Bildung, der altersadäquaten Förderung, der Früherkennung von Entwicklungsstörungen, der Chancengleichheit, der Integration und des Miteinanders unverzichtbar. Daher muss der Blick der Pädagogik auf neue Herausforderungen der Lebensumwelt, gesellschaftliche Herausforderungen, zeitgemäße Bildung, Umgang mit neuen Technologien usw. gerichtet werden.

Hergestellt im Archiv der Christlichen Sozialpolitik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b> Ablehnung der Einführung der Präimplantationsdiagnostik (PID)	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe möge sich dafür einsetzen, dass die Präimplantationsdiagnostik in Deutschland weiterhin verboten bleibt.

### Begründung:

- Mit der Einführung der PID würde die Selektion nach Behinderung und Krankheiten zugelassen und zwischen „lebenswerten“ und „nicht lebenswerten“ Leben unterschieden.
- Das Argument der Befürworter, dass dieses Verfahren nur auf eng zu begrenzende Fälle, z. B. bei schweren Erbschäden, zu beschränken ist, widerspricht jeder Lebenserfahrung. Es besteht die Befürchtung, dass nach der Zulassung der PID auch das Tor für eine generelle Selektion geöffnet wird und entsprechend des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes, z. B. das Geschlecht, die Größe, die Haarfarbe als Kriterium zugrunde gelegt werden.
- Die Erfahrungen mit der Pränataldiagnostik (PND) zeigen, dass entgegen der ursprünglichen Aussage der Fachleute, diese sich heute bereits zu einem Screeningverfahren entwickelt hat, das heute beinahe regelmäßig Anwendung findet. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei der PID zu befürchten.
- Der Hinweis auf die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen im Rahmen der „medizinischen Indikation“ greift nicht, da in der Konfliktsituation einer Schwangerschaft eine Kollision zwischen der Schwangeren gegenüber dem werdenden Leben entsteht. Es steht Leben gegen Leben.  
Bei der PID dagegen geht es nicht um einen Konflikt der Schwangeren, da erst die diagnostische Methode die Problematik erzeugt.
- Das Argument, durch die PID könne eine Abtreibung nach Pränataldiagnostik verhindert werden, wird durch die Praxis widerlegt, da nach der PID zur Kontrolle auch eine PND nachgeschoben wird und ggf. dennoch eine Abtreibung erfolgt.

Je weiter die Forschung voranschreitet, desto schwieriger wird die Definition von Grenzen. Es ist deshalb notwendig, sich nicht nur an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Interessen zu orientieren, sondern klare ethische Grenzen zu setzen.

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b> Biotechnologie	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe in Berlin möge sich dafür einsetzen, dass das Embryonen-Schutzgesetz in seiner Form erhalten bleibt. Der Eingriff in die Keimbahn des Menschen soll verboten bleiben. Statt Leben zur Disposition zu stellen, sollten Alternativen zu embryonalen Stammzellen unterstützt und für die Forschung an fötalen (aus Nabelschnurblut) und adulten Stammzellen verstärkt Gelder zur Verfügung gestellt werden.

### Begründung:

Die Errungenschaften und das wirtschaftliche Potential der Bio- und Gentechnologie sind riesig. 99% aller Anwendungen lassen sich heute im Rahmen des geltenden Embryonenschutzgesetzes durchführen.

Das deutsche Embryonenschutzgesetz verbietet es bisher, einen Embryo anders als zum Zweck seiner späteren Geburt zu verwenden, und ebenso verbietet es das Klonen von Embryonen.

Das strenge Embryonenschutzgesetz ist für viele im Ausland ein Vorbild und gerade in den MOE Staaten, in denen es zum Teil noch überhaupt keine Regelungen im Bereich der Fortpflanzungsmedizin gibt, hat Deutschland hier eine Vorbildfunktion.

Die Nutzung von Stammzellen zu therapeutischen Zwecken wird von Forschern als revolutionäre neue Methode zur Bekämpfung von Krankheiten und Verletzungen, z. B. zur Transplantation, gegen Parkinson, etc. gesehen.

Wir sprechen uns allerdings entschieden gegen die verbrauchende Embryonenforschung, gegen embryonale Stammzellen aus und fordern, fötale und adulte Stammzellen intensiv zu nutzen.

Fötale Stammzellen kommen aus dem Nabelschnurblut von Neugeborenen, adulte Stammzellen z. B. aus dem Rückenmark, während embryonale Stammzellen beispielsweise aus überschüssigen Embryonen aus der IN-Vitro-Fertilisation oder aus speziell dafür gezüchteten Embryonen kommen.

Statt Leben zur Disposition zu stellen, sollten erfolgversprechende Alternativen in Form von Forschung an fötalen und adulten Stammzellen gefördert werden.

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b>  Aktive Sterbehilfe	<b>Beschluss:</b>  <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

Die CSU-Landesgruppe in Berlin möge sich dafür einsetzen, dass in der Bundesrepublik alle Formen der aktiven Sterbehilfe abgelehnt und nicht legalisiert werden. Gleichzeitig ist darauf zu drängen, dass Gelder zur Verbesserung der Palliativmedizin und für die Einrichtung von Hospizen zur Verfügung gestellt werden.

### Begründung:

Die Entscheidung der zweiten Kammer des Niederländischen Parlaments, Euthanasie zu erlauben, hat in ganz Europa große Besorgnis ausgelöst. Töten auf Verlangen ist mit Sicherheit der falsche Weg und ein schlimmer Tabubruch, der mit christlichen Wertvorstellungen nicht zu vereinbaren ist.

Alternativen zur aktiven Sterbehilfe sind die verstärkte Unterstützung von Hospizen und der Palliativmedizin. Die Palliativmedizin ist nirgendwo in Europa perfekt entwickelt, weshalb mehr Geld in diese Methoden investiert werden muss. Moderne Schmerztherapie und verbesserte psychische Betreuung schwerst kranker Patienten können den Wunsch nach aktiver Sterbehilfe weitgehend reduzieren.

Es gibt außerdem Befürchtungen, dass Euthanasie auch als Ausweg aus den finanziellen Problemen angesehen werden kann, die mit der Überalterung zusammenhängen.

Schon heute gibt es Kosten-Nutzen-Analysen bezüglich des Lebensrechts von kranken, behinderten und alten Menschen.

Unsere Sorge ist, dass das vermeintliche Recht, Tötung auf Verlangen in Anspruch nehmen zu können, auch schneller in die Tat umgesetzt wird.

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b> Kontinuierliche Weiterführung der IT-Ausstattung an den Schulen	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion der CSU wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Ausstattungsoffensive an Schulen in den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien fortgeführt wird.

Deshalb müssen die Kommunen durch die bayer. Staatsregierung eine angemessene finanzielle Unterstützung erhalten.

### Begründung:

Unsere Kinder und Jugendliche müssen die besten Startchancen im immer größer werdenden - und inzwischen globale Ausmaße erreichenden - Wettbewerb erhalten.

Dazu gehört heute der selbstverständliche Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien; da diese selbst sich in einer rasanten Fortentwicklung befinden, sind die Kommunen mit der bisherigen Kostenverteilung überfordert.

<b>66. Parteitag der Christlich-Sozialen Union</b>	<b>12./13.Oktober 2001</b>
<b>Antrag-Nr.</b>	<b>Beschluss:</b> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
<b>„Nahrungsmittelsicherheit und Verbraucherschutz“</b>	
<b>Antragsteller:</b> Frauen-Union	

### Der Parteitag möge beschließen:

#### Die CSU-Europagruppe möge sich dafür einsetzen, daß

- a.) eine Verbesserung des bestehenden EU- Rechtsrahmens für den Bereich des Vorsorgeprinzips bei Lebensmittel erreicht wird.
- b.) die Einhaltung der Regeln des Binnenmarktes im Lebensmittelbereich gewährleistet werden.
- c.) die Einhaltung des Verbotes von Hormonen und Antibiotika als Wachstumsförderer bei der Fleischproduktion innerhalb der EU streng kontrolliert wird, gleichzeitig aber auch die Fleischimporte aus Drittländern den gleichen Vorschriften unterliegen.
- d.) die Etikettierung von gentechnisch veränderten Nahrungsmittel so schnell wie möglich umgesetzt wird.
- e.) mehr Forschungsgelder im Rahmen der Lebensmittelsicherheit zur Verfügung gestellt werden.

#### Die CSU-Landesgruppe in Berlin möge darauf drängen, daß auf Bundesebene

- a.) im Rahmen eines Frühwarnsystems eine optimale Vernetzung und Kooperation zwischen der Bundesbehörde und der neuen Behörde für Lebensmittelsicherheit der EU eingerichtet wird.
- b.) mehr Forschungsgelder im Rahmen der Lebensmittelsicherheit zur Verfügung gestellt werden.
- c.) eine „gläserne Produktionskette“ aufgebaut und sichergestellt wird
- d.) einheitliche Regelungen auf europäischer Ebene für Futterproduktion, BSE-Tests und Rindfleischkennzeichnung gefordert und deren Kontrollen sichergestellt werden.
- e.) die korrekte, offene Deklaration der Futtermittel umgesetzt wird.
- f.) die Kontrollen der Lebensmittel aus Drittstaaten verstärkt werden.
- g.) die Verbraucherinformation gefördert und die Verbraucherzentralen ausreichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

#### Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag möge sich dafür einsetzen, daß

- a.) die Bayerischen Verbraucherberatungsstellen mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden.
- b.) in den Bildungseinrichtungen die Zusammenhänge zwischen Ernährung und Gesundheit ausreichend vermittelt werden.
- c.) die umfassende Kontrolle bei der Nahrungsmittelherstellung vom Hersteller über den Händler zum Verbraucher sichergestellt ist.

**Begründung:**

Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre, vor allem aber die BSE-Krise haben zu einer tiefen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger geführt, die bisher auf die Sicherheit der Nahrungsmittel vertraut haben.

Sicherheit und Qualität der Lebensmittelprodukte haben heute oberste Priorität für die Verbraucher, denn es geht um die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit in Art. 2 Abs. II ausdrücklich vor. Dieses Recht muß auch in der Politik für den Verbraucher angemessen berücksichtigt werden. Deshalb müssen alle Politikbereiche auf ihre Vereinbarkeit mit den Belangen des Verbraucherschutzes überprüft werden.

Die Europäische Union hat sich in Art. 153 des EG-Vertrages zur Förderung der Interessen der Verbraucher und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzniveaus ausdrücklich verpflichtet.

Erreicht werden kann ein besserer Verbraucherschutz bei Lebensmittel aber nur durch tiefgreifende Veränderungen:

Der verhängnisvolle Kreislauf zu immer rationelleren, d.h. preisgünstigeren Produktions- und Verarbeitungsmethoden und der Forderung des Lebensmittel-Einzelhandels sowie der Verbraucher nach den preiswertesten Produkten muß durchbrochen werden. Dieser Kreislauf ist die Ursache für die derzeitige Situation im Lebensmittelsektor.

Für diese Situation sind alle Beteiligten, d.h. Politik, Landwirtschaft und Verbraucher, aber auch Futtermittelhersteller, Lebensmittelindustrie, Zwischenhandel und Berufsverbände, gleichermaßen verantwortlich. Daher sind alle Beteiligten gefordert, die herrschenden Strukturen tabulos auf ihre Tauglichkeit zu prüfen und gegebenenfalls zu verändern. Gegenseitige Schuldzuweisungen verbessern die Situation nicht.

Notwendig ist ein Umdenken sowohl auf Verbraucher- als auch auf Produzentenseite. Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte sind gleichrangig zu berücksichtigen. Nur dann kann ein Verbraucherschutz gewährleistet werden, der die Qualität der Lebensmittel zum Mittelpunkt des Handelns macht.

Ein weiterer Aspekt ist auch der verantwortungsvolle und sachgerechte Umgang mit Lebensmitteln bei der Zubereitung. Deshalb ist es notwendig, daß in allen Bildungseinrichtungen die Zusammenhänge zwischen vollwertiger Ernährung und Gesundheit ausreichen